

Ort, den

An die Kreisverwaltungsbehörde	Absender
.....
.....
.....

Antrag auf wasserrechtliche Erlaubnis für das Zutagefördern von Grundwasser zur Bewässerung

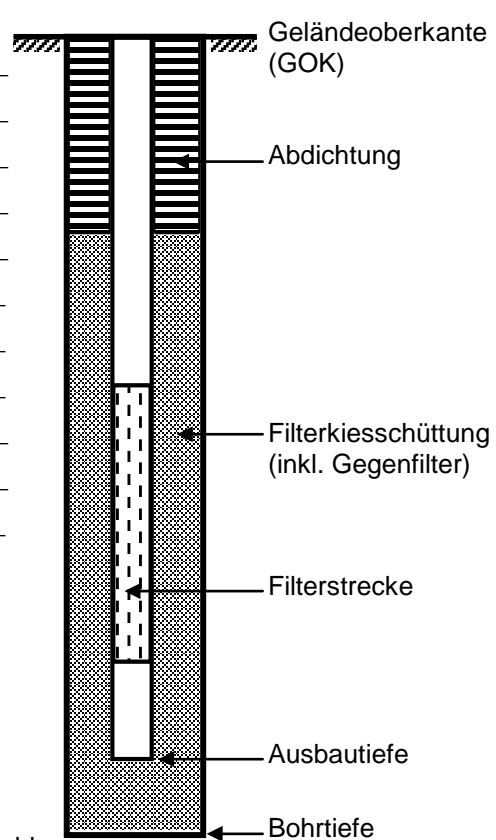
Für den Betrieb der Brunnenanlage ist eine wasserrechtliche Erlaubnis gem. §§ 8, 10 WHG in Verbindung mit Art. 15 BayWG (beschränkte Erlaubnis) erforderlich, die mit den erforderlichen Unterlagen bei der Kreisverwaltungsbehörde zu beantragen ist. Die Unterlagen sind jeweils in dreifacher Ausfertigung bei der zuständigen Kreisverwaltungsbehörde einzureichen.

I. Angaben zum Antragsteller Unternehmer / Antragsteller/in	
.....
Name, Vorname
.....
Straße
.....
PLZ, Wohnort
.....
Telefon, Telefax
.....
E-Mail

II. Angaben zur Lage des / der Brunnen	
1. Anzahl der Brunnen:	
2. Lage: Topogr. Karte 1 : 25.000 Blatt: Nr.:	
Gemeinde
Gemarkung Flur-Nr.
Rechtswert
Hochwert
Geländehöhe Bohransatzpunkt (m ü. NHN):	
3. Übersichtslageplan und Flurkarte liegen bei: <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein, weil	
.....	
4. Besonderheiten oder Sonstiges	
.....	

III. Brunnenausbau

- Anzahl _____
- Bohrtiefe (m) _____
- Bohrdurchmesser (mm) _____
- Ausbautiefe (m) _____
- Ausbaudurchmesser (mm) _____
- Filterstrecke (m u. GOK) von _____ bis _____
- Filterkiesschüttung (m u. GOK) von _____ bis _____
- Abdichtung (m u. GOK) von _____ bis _____
- Abdichtungsmaterial _____
- Messpunkt (z. B. OK Brunnenkopf) _____
- Messpunkthöhe (m ü. NHN) _____
- Pumpversuch wurde durchgeführt:
- ja (Auswertung s. Anlage)
- nein (Begründung siehe Anlage)
- Abschlussbauwerk:
- verschraubbarer Abschluss
- werkmäßig hergestellter Brunnenkopf
- Brunnenschacht mit einer tragenden Betonsohle
-



IV. Beantragte Entnahmemenge

- Bewässerungsfläche (ha)
- Gemeinde, Gemarkung, Flurstücksnummer
- beantragte max. Entnahme:(m³/d) (m³/Monat).....(m³/a)

V. Grundwasserbenutzung

- Art der Fördereinrichtungen (z.B. Pumpen):
- Anzahl der Pumpen (Stück) max. Förderleistung einer Pumpe (l/s)
- Leistung einer Pumpe (kW)
- Anzahl der Pumpen (Stück) max. Förderleistung einer Pumpe (l/s)
- Leistung einer Pumpe (kW)
- Beginn der Benutzung
- ggf. Ende der Benutzung
- benutzte/s Gewässer oberflächennahes Grundwasser
-
- Ruhewasserspiegel (m u. GOK), Datum
- Messeinrichtungen:
- Durchflussmesser Betriebsstundenzähler
- sonstiges
-

VI. Konkurrierende Nutzungen

Liegt der Brunnen / Bewässerungsfläche in einem Wasserschutzgebiet?* ja nein

Sind Trinkwasserversorgungsanlagen (öffentlich / privat) im Einflussbereich
des Brunnens / der Bewässerungsfläche bekannt?* ja nein

Sind sonstige, vom Vorhaben beeinflusste Benutzungen bekannt?* ja nein

(* falls ja: Angabe der Lage, kurze Beschreibung der betroffenen Anlage, ggf. Hinweis auf mögliche Auswirkungen bzw. Gefährdung / Vorschlag von Alternativen)

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

VII. Dem Antrag auf wasserrechtliche Erlaubnis liegen folgende Unterlagen bei:

- Kurzbeschreibung des Vorhabens (Ort, Benutzung, Art (z. B. Tröpfchenbewässerung) und Umfang der Bewässerung (Bewässerungsfläche(n) und Eigentumsverhältnisse, Nutzung als Gemeinschaftsanlage), Bewässerungszeit (z. B. Juni – August, nachts), Geologie/Hydrogeologie)
- Alternativenprüfung (insbesondere Prüfung der Möglichkeit zur Nutzung von oberirdischen Gewässern und/oder Speicherung von Niederschlagswasser) wurde mit der Bohranzeige vorgelegt.
- Übersichtslageplan M = 1 : 25.000 / 1 : 5.000
- Flurkarte M = 1 : 1.000 bzw. 1 : 500 mit Flurnummern, Gemarkung und Lage der Entnahmestelle(n) sowie skizziertem Rohrleitungsverlauf, Bewässerungsfläche (Größe in ha, mit Angabe von Flurnummer, Gemarkung und Kulturart)
- Zeichnerische Darstellung des Schichtenprofils mit Angaben über die Grundwasserverhältnisse
- benachbarte Grundwassernutzungen und Lage in bzw. zu Wasserschutzgebieten
- Aussage zum nutzbaren Grundwasserdargebot

(je nach Einzelfall können weitere Unterlagen erforderlich sein, die mit dem Wasserwirtschaftsamt abzustimmen sind, z. B.:)

- Ergebnisse und Auswertung des Pumpversuchs
- Beweissicherungsmaßnahmen
- Bewässerungssteuerungssysteme (z. B. zur Bestimmung der Bodenfeuchte, Bewässerungsberatung)

VIII. Erklärung

Dem Antragsteller ist bekannt, dass aus einer späteren eventuellen Genehmigung für den Betrieb der Anlage kein Anspruch auf Wasser in einer bestimmten Menge oder Qualität erwächst. Dem Antragsteller ist bekannt, dass er für Schäden, die durch unsachgemäßen Bau oder Betrieb der Anlage hervorgerufen werden, haftet. Bei Eigentümerwechsel gehen alle Rechte und Pflichten auf den neuen Eigentümer über.

Antragssteller/in und Fachbüro/Bauleitung (ggf.)

.....
Ort, Datum Ort, Datum

.....
Unterschrift Unterschrift, Stempel